

Stellungnahme



In den vergangenen Wochen demonstrierten in Nordrhein-Westfalen und Berlin zahlreiche Anhänger und Mitläufer der sogenannten Pro-Bewegungen der Neuen Rechten. Eine weitaus größere Anzahl von Menschen stellte sich diesen Demonstranten entgegen, um klar gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit Position zu beziehen. Bedauerlicherweise störten einige der Gegendemonstrationen, die laut Medienberichten der Splittergruppe der sogenannten Salafisten angehören, die Kundgebungen und wendeten Gewalt an, durch die mehrere Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden.

Der juristische Weg sowie friedliche Gegendemonstrationen sind nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der muslimischen Bürger der einzig gangbare Weg gegen islamfeindliche und rassistische Gruppen und ihre Provokationen. Die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen distanziert sich von jeglicher Gewaltanwendung einzelner Gruppierungen, zumal diese rassistischen und islamfeindlichen Verunglimpfungen erneut Vorschub leisten. In Auseinandersetzung mit derartigen Provokationen ist Gewaltanwendung in jedem Fall abzulehnen, insbesondere wenn hiervon Polizisten betroffen sind, die verpflichtet sind, die Verfassung und damit unsere elementaren Rechte wie beispielsweise das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit zu schützen.

An dieser Stelle muss jedoch auch betont werden, dass die islamfeindliche Propaganda der sogenannten Bürgerbewegungen der Neuen Rechten unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit von weiten Teilen der Bevölkerung und auch der Politik nach wie vor unterschätzt oder nicht wahrgenommen wird. Erneut zeigt sich, wie wichtig das Engagement gegen und die Sensibilisierung gegenüber fremdenfeindlichen und rassistischen Gruppierungen ist. Zu dieser Sensibilisierung können Medien und Politik beitragen, indem vor allem politisch verfehlte und pauschalisierende Aussagen gegenüber Muslimen oder dem Islam vermieden werden. Zudem erscheint es notwendig, dass die hetzerischen und rassistischen Aktivitäten der diversen Gruppierungen der Neuen Rechten vom Verfassungsschutz genau beobachtet werden, da sie im Namen der Meinungsfreiheit nicht nur gezielt gegen Muslime und den Islam agitieren, sondern somit auch klar einen Angriff auf das friedliche Miteinander in der Gesellschaft darstellen.

In diesem Zusammenhang zeigt sich zugleich, dass die bundesweite Einführung von islamischem Religionsunterricht für muslimische Kinder in deutscher Sprache unabdingbar ist. Dies stärkt das Gefühl der Kinder ein selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft zu sein und gibt ihnen gleichzeitig das nötige Rüstzeug, sich nicht durch die Propaganda extremistischer Gruppen beeinflussen zu lassen und sich souverän gegenüber islamfeindlicher Agitation zu verhalten und auf sie zu reagieren.